Ostland

Halbmonatsschrift für Ostpolitik / Herausgeber: Bund Deutscher Osten e. V.

Nr. 9 | Berlin, den 1. Mai 1937 | 18. Jahrgang

Das Lager und die Endeken

Das „Lager der nationalen Einigung" ist zur Zeit noch im organisatorischen Aufbau begriffen. Oberst Koc hat in der Person des Obersten Kowalewski einen Stellvertreter oder, wie er sich nennt: einen Stabschef erhalten. Zum Leiter des städtischen Sektors des Lagers wurde der Warschauer Stadtpräsident Starzynski, zu dem des dörflichen Sektors General Galica ernannt. Auf die Bildung besonderer Jugendgruppen hat das Lager, wenigstens vorläufig, verzichtet. Die angeblich sehr zahlreich eingelaufenen Einzel- und Sammelanmeldungen werden zur Zeit noch gesichtet. Der Ausbau des Lagers ist noch nicht so weit gediehen, daß es zu einer merklichen Klärung der innerpolitischen Lage Polens hätte beitragen können. Auch die in letzter Zeit mehrfach gegebenen zusätzlichen programmatischen Erklärungen sind für eine solche Klärung nur in beschränktem Maße geeignet gewesen.

Zunächst fällt es auf, daß die führenden Männer des Lagers den größten Wert darauf legen, vor der Oeffentlichkeit jeden Zusammenhang des neuen Lagers mit dem alten „Unparteilichen Block für die Zusammenarbeit mit der Regierung" zu leugnen. Sie sprechen sehr gern von der erwiesenen Unfähigkeit dieses Blockes, eine Brücke zwischen Volksgemeinschaft und Regierung zu schlagen; und sie betonen mit Nachdruck, daß die Leute, die sich als Führer des Blockes unpopulär gemacht haben, keine Gelegenheit haben werden, im neuen Lager wiederum eine führende Rolle zu spielen. Das Lager, hat es in einer der programmatischen Erklärungen z. B. geheißen, lege besonderen Wert auf solche Mitglieder, die keine politische Vergangenheit haben. Von demselben Bestreben, das Lager als etwas völlig Neues erscheinen zu lassen, sind auch die Erklärungen diktiert, die sich mit dem Verhältnis zur derzeitigen Regierung befassen. Ausdrücklich wird festgestellt, daß zwischen dem Lager und der Regierung von einer gegenseitigen Abhängigkeit keine Rede sein könne, und daß das Lager keine Exposititur der gegenwärtigen Regierung darstelle. Vielmehr wird betont, daß das Lager den Ehrgeiz habe, von sich aus eine neue Regierung zu bilden. Es wird allerdings nicht gesagt, wie diese Regierung einmal aussehen soll. Nur so viel steht fest, daß ihre ideelle Grundlage die — allerdings recht dehnbare — Erklärung des Obersten Koc vom 21. Februar d. J. und ihre rechtliche Basis die Verfassung von 1935 sein soll. Aber, so wird gleichzeitig betont, die Wahlordnung sei nicht die Verfassung, und nichts stehe dem in der Volksgemeinschaft allgemein verbreiteten Wunsche entgegen, zu gegebener Zeit auf Grund einer neuen Wahlordnung eine neue Volksvertretung zu wählen. Denn weder in der Periode von 1919 bis 1926 noch in der Nachmaiperiode habe der Sejm die in ihn gesetzten Hoffnungen zu erfüllen vermocht, und auch die zur Zeit noch geltende Wahlordnung habe die in sie gesetzten Hoffnungen in keiner Weise erfüllt.

Vorausgesetzt, daß diese Aeußerungen über die Wahlordnung von den leitenden Männern des neuen Lagers wirklich ernst gemeint sind (was man nicht ohne weiteres zu bejahen vermag), besteht in dieser Frage allerdings ein Gegensatz zwischen dem Lager und der Regierung, in der wohl nach wie vor die Meinung vorherrschen dürfte, daß der gegenwärtige, die Volksgemeinschaft unbefriedigende Zustand im Vergleich zu der beun-

ruhigenden Unsicherheit, die Neuwahlen auf demokratischer Basis hervorrufen müßten, für Polen zur Zeit das kleinere Uebel darstellt. Im übrigen läßt sich die von Koc und Kowalewski betonte Unabhängigkeit des Lagers von der Regierung nur schwer mit der Tatsache vereinbaren, daß die beiden für die Regierung maßgebenden Faktoren, der Staatspräsident *Moscicki* und der Marschall *Rydz-Smigly*, die Bildung des Lagers mit ihrer Autorität unterstützt und das Kocsche Programm ausdrücklich als ihrer Anschauung entsprechend im vorhinein anerkannt haben. *Diese offensichtliche Doppelgleisigkeit läßt sich am besten wohl dadurch erklären, daß die führenden Männer der gegenwärtigen Regierung Wert darauf legen, durch einen eventuellen Mißerfolg des neuen Lagers nicht belastet zu werden.*

Dieser Wunsch, nicht belastet zu werden, gilt vermutlich vor allem auch in bezug auf die Bemerkungen, die Oberst Kowalewski am 20. April vor der polnischen Presse über die *Einstellung des Lagers zur Judenfrage* gemacht hat. Es ist nicht ganz leicht, aus den begrifflich wenig exakten Ausführungen zu einer endgültigen Klarheit über die Haltung des Lagers zu kommen. Die Begriffe Volk, Rasse, objektive Merkmale und Volkstumsbekenntnis gehen noch etwas ungeklärt durcheinander. Immerhin kann man feststellen, daß sich das Lager im *Prinzip gegen die Juden festgelegt* hat. Oberst Kowalewski hat u. a. erklärt, daß das Lager eine durchaus polnische Angelegenheit ist, daß es *in ihm also keinen Platz für Nichtpolen gibt*. Und er hat weiter erklärt, daß *eine Person mosaischer Konfession und jüdischer Abstammung auch dann dem Lager nicht angehören kann, wenn sie sich selber zum polnischen Volkstum bekennt.* Doch hat es den Anschein, daß von dieser grundsätzlichen Fernhaltung des jüdischen Elementes vom Lager in den Fällen, in denen *besondere Verdienste für Polen* vorliegen, auch in bezug auf die Juden Ausnahmen gemacht werden sollen. Was unter „besondere Verdienste“ verstanden wird, steht noch nicht fest. Für die Masse der jüdischen Bevölkerung aber gilt *das grundsätzliche Bekenntnis zum Antisemitismus*, das Oberst Kowalewski im Namen des Lagers abgelegt hat: Die jüdische Frage wird als eine der wichtigsten inneren Angelegenheiten Polens bezeichnet; es muß versucht werden, diese Frage durch die tatkräftige *Förderung der Auswanderung des jüdischen Elementes* zu lösen; da die Lösung der jüdischen Frage auf diesem Wege aber geraume Zeit in Anspruch zu nehmen verspricht, muß Polen *schon jetzt danach streben, in Handwerk, Industrie und Handel das jüdische durch das polnische Element zu ersetzen.*

Von der polnischen Presse ist mit Recht festgestellt worden, daß diese programmatische Erklärung des Lagers zur jüdischen Frage (trotz der Vorbehalte und Unklarheiten, die sie noch immer enthält), eine *Uebernahme nationaldemokratischer Forderungen* bedeutet, wie überhaupt alles, was in letzter Zeit in innerpolitischer Hinsicht von Lager und Regierung gesagt und getan worden ist, als eine rasch fortschreitende Annäherung der zum alten Pilsudskilager gehörenden, regierenden Kreise an die nationaldemokratischen und nationalradikalen Anschauungen aufgefaßt werden muß. *Die Durchsetzung der regierenden Kreise mit dem politischen Gedankengut der nationalen Opposition*, der entschiedendsten Gegnerin des Marschalls Pilsudski und seines Regierungssystems, liegt heute bereits so offen zu Tage, daß selbst der Schlag, den die Regierung vor einiger Zeit gegen die rechtsradikalen Studentenorganisationen mehrerer Hochschulen geführt hat, kaum noch als ein ernsthafter Versuch der Regierung, den Kampf mit dem Rechtsradikalismus aufzunehmen, hingestellt werden kann. Immer mehr verstärkt sich der Eindruck, daß es in dem Ringen um die Seele des polnischen Volkes und später um die Macht im Staate, das seit mehr als drei Jahrzehnten zwischen der Dmowskischen und der Pilsudskischen Richtung besteht, letzten Endes nicht der revolutionäre Sozialist, sondern der bürgerliche Intellektuelle sein wird, der den Sieg davontragen wird. Diese Wendung nach rechts wird zweifellos in dem Maße verstärkt, in dem etwa mit den verkündeten antisemitischen Grundsätzen des Lagers Ernst gemacht wird. Denn eine judenfeindliche Verdrängungspolitik hat mit Gewißheit zur Folge, daß *das Judentum innerpolitisch nach links abgedrängt* wird, daß es also die bolschewistischen Tendenzen noch weiter verstärkt, als es bisher ohnehin schon der Fall ist. Gegen die Gefahr von links aber bedarf das Lager, wenn es Erfolg haben will, der Hilfe der nationalradikalen und nationaldemokratischen Kreise. Dr. K.

Die deutsche Schule in Ostoberschlesien

Am 15. Juli d. J. tritt der Teil III des Genfer Abkommens für Oberschlesien außer Kraft. Dieser Teil III enthält in den Artikeln 97 bis 133 die Bestimmungen, auf denen das Schulwesen der deutschen Volksgruppe des vom Deutschen Reiche abgetrennten oberschlesischen Gebietes aufgebaut ist. Das bevorstehende Außerkrafttreten dieser Bestimmungen gibt Anlaß, noch einmal einen Blick auf die Entwicklung zu werfen, die das deutsche Schulwesen Ostoberschlesiens seit dem Inkrafttreten des Abkommens und vor allem im Laufe des letzten Jahrzehntes, das im Zeichen Grazynskis gestanden hat, durchgemacht hat. Das deutsche Schulwesen hat von Anfang an unter dem schärfsten Druck der polnischen Behörden und unter dem organisierten Terror der polnischen Verbände gestanden. Seine Entwicklung ist begleitet von einer ununterbrochenen Kette moralischer Erpressungen, wirtschaftlicher Nötigungen, bürokratischer Winkelzüge, gebrochener Versprechungen und physischer Gewalttätigkeiten. Neben der erzwungenen Abwanderung deutscher Bevölkerungsteile sind es ausschließlich diese Mittel, die den Rückgang des deutschen Schulwesens in Ostoberschlesien herbeigeführt haben.

Die öffentlichen Volksschulen mit deutscher Unterrichtssprache

Für das Schuljahr 1922/23, in dem das deutsche Schulwesen noch im ersten Ausbau begriffen war, sind naturgemäß keine zuverlässigen Zahlenangaben vorhanden. Es verdient aber in jedem Falle festgehalten zu werden, daß damals fast 30 000 Kinder zu den freilich erst teilweise errichteten öffentlichen deutschen Volksschulen angemeldet worden sind. Ihren tatsächlichen höchsten Stand haben die öffentlichen Minderheitsvolksschulen in den Schuljahren 1925/26 bis 1927/28 erreicht. In diesen drei Schuljahren haben über 20 000 Kinder die öffentlichen Schulen mit deutscher Unterrichtssprache besucht; im Schuljahr 1926/27, an dessen Beginn der Amtsantritt des Wojewoden Grazynski fällt, sind es 20 093 Kinder gewesen, die in 83 Schulen mit 382 Klassen von 364 Lehrern unterrichtet wurden. 10 Jahre später, im Schuljahr 1936/37, gibt es nur noch 40 öffentliche Minderheitsvolksschulen mit 160 Klassen, in denen nur noch 7 629 Kinder von 160 Lehrern unterrichtet werden. Die Zahl der Schulen ist also um mehr als die Hälfte, von 83 auf 40, die Zahl der Klassen noch stärker, von 382 auf 160, gesunken. Die Zahl der Kinder hat sich gegenüber 1926/27 auf fast ein Drittel, nämlich von 20 093 auf 7 629, und die Zahl der Lehrer von 364 auf 160 vermindert.

Es ist nicht bei dieser zahlenmäßigen Schrumpfung des öffentlichen Minderheitsvolksschulwesens geblieben. Nicht minder schwer fällt ins Gewicht, daß diese Schulen in ihrem völkischen Charakter von Grund auf verfälscht worden sind. Im Schuljahr 1926/27 haben von den damals bestehenden 83 Schulen dieser Gattung immerhin noch 26 einen deutschen Schulleiter gehabt; 10 Jahre später hat es nur noch 2 deutsche Schulleiter gegeben. Und von den 1926/27 an den genannten Schulen unterrichtenden 364 Lehrern sind immerhin 319 (= 85 v. H.) deutscher Volkszugehörigkeit gewesen; 10 Jahre später befinden sich unter 160 Lehrern nur noch 68 (= 43 v. H.) Deutsche. Aus diesen Zahlen läßt sich ersehen, daß die öffentlichen Minderheitsvolksschulen, die in der polnischen Statistik nach wie vor als „deutsche Schulen" erscheinen, weit davon entfernt sind, den volkspolitischen und pädagogischen Ansprüchen zu genügen, die an deutsche Schulen gestellt werden müssen. Nicht nur der Geist, der von den polnischen Lehrkräften in die Schulen hineingetragen worden ist, ist alles andere denn geeignet, die Kinder zu einer volksbewußten Haltung zu erziehen; sondern auch die deutsche Unterrichtssprache ist durchweg in einer ganzen Reihe von Fächern von der polnischen Sprache verdrängt worden; und dort, wo sie noch angewandt wird, geschieht das nicht selten wegen der mangelnden deutschen Sprachkenntnisse der nationalpolnischen Lehrkräfte in einer dem deutschen Sprachempfinden geradezu hohnsprechenden Weise.

Die höheren öffentlichen Minderheitsschulen

Ein besonders trauriges Kapitel sind die höheren öffentlichen Minderheitsschulen gewesen. Man muß sagen: gewesen! Denn von diesen Schulen ist heute so gut wie gar nichts mehr übrig. Vom ersten Jahre ihres Bestehens an, also

vom Schuljahr 1922/23, an haben die 6 damals vorhandenen höheren Minderheitsschulen, die in Kattowitz und Königshütte bestanden, einen unaufhaltsamen Rückgang ihrer Schülerzahl zu verzeichnen gehabt. Es hat sich bei 4 von diesen Gymnasien nicht um selbständige Unterrichtsbetriebe, sondern lediglich um deutschsprachige Parallelklassen an polnischen Schulen gehandelt, also um Einrichtungen von recht zweifelhaftem volkspolitischen Wert. Die Klassen sind dann progressiv abgebaut worden. Im Jahre 1932 ist die deutsche Abteilung des Städtischen Lyzeums in Königshütte und die deutsche Abteilung des Staatlichen Gymnasiums in Kattowitz eingestellt worden. 1936 hat man dann auch die deutsche Abteilung des Staatlichen Gymnasiums in Königshütte und das Städtische Mädchengymnasium in Kattowitz aufgelöst. Und mit dem Ende des Schuljahres 1936/37 verschwinden schließlich auch die deutsche Abteilung des Staatlichen Gymnasiums in Kattowitz und das Mathematisch-naturwissenschaftliche Gymnasium in Kattowitz, die zur Zeit zusammen nur noch 28 Schüler zählen. Im Schuljahr 1926/27 haben die genannten Schulen insgesamt 1 503 Schüler gehabt.

Die deutschen Mittelschulen

Demselben Schicksal sind auch die beiden in Kattowitz im Jahre 1922 gegründeten Städtischen Mittelschulen mit deutscher Unterrichtssprache, eine Knaben- und eine Mädchenschule, verfallen. Ihre höchste Schülerzahl haben diese beiden Schulen in den Schuljahren 1925/26 und 1926/27 erreicht. Von dieser Zeit an geht es ständig bergab, nicht nur mit der Schülerzahl, sondern auch mit dem volkspolitischen und pädagogischen Wert. Der Unterrichtsplan dieser den Bedürfnissen des gewerblichen Mittelstandes besonders angepaßten Schulen ist von den polnischen Behörden Schritt für Schritt auf den Stand gewöhnlicher Volksschulen herabgedrückt worden. Im Schuljahr 1936/37 sind die beiden Schulen, die zusammen nur noch 155 Schüler zählen, zusammengelegt worden. 10 Jahre vorher haben sie 2 338 Schüler gehabt, die fast zu gleichen Teilen auf die Knaben- und die Mädchenschule entfielen.

Die deutschen privaten Volksschulen

Je weniger sich das öffentliche Minderheitsschulwesen unter dem Druck der polnischen Behörden als ausreichend erwies, den Forderungen der deutschen Volksgruppe zu genügen, um so mehr hat die Volksgruppe darauf bedacht sein müssen, sich ein privates Schulwesen zu schaffen. Die unaufhörlichen Schwierigkeiten, die ihr dabei gemacht worden sind, sind zur Genüge bekannt. Die 18 privaten Volksschulen, die vom Deutschen Schulverein unterhalten werden, sind nur ein Teil dessen, was die deutsche Volksgruppe Ostoberschlesiens an Schulen dieser Art in Wirklichkeit braucht. Deutsche private Volksschulen, die heute noch bestehen, sind entstanden im Jahre 1922 in Emmagrube, Annagrube und Antonienhütte, 1923 in Pleß, Nikolai und Neudeck, 1924 in Koschentin, 1925 in Lipine, 1930 in Anhalt, Gollassowitz und Emanuelsegen, 1932 in Hohenbirken und Rybnik, 1934 in Kreuzdorf, Petrowitz, Tichau und Oberwilcza und 1935 in Chwallowitz. Die in Altdorf, Blücherschächte und Buchatz gegründeten Schulen sind wieder aufgelöst worden. Von den zur Zeit bestehenden 18 Schulen werden besucht: eine von mehr als 300, fünf von mehr als 200, fünf von mehr als 100, sechs von mehr als 40 und eine von weniger Kindern. Vom Schuljahr 1922/23 mit 393 Kindern ist der Besuch dieser deutschen Schulen bis zum Schuljahr 1934/35 mit 2 749 Kindern beständig gestiegen; seitdem geht die Zahl der Kinder zurück; sie beträgt zur Zeit 2 643.

Die deutschen Privatgymnasien

Nach der Liquidierung der öffentlichen Gymnasien und Gymnasialklassen mit deutscher Unterrichtssprache sind die privaten deutschen Gymnasien die einzigen höheren Bildungsanstalten, die die deutsche Volksgruppe Ostoberschlesiens besitzt. Die ersten dieser Gymnasien sind im Jahre 1922 in Pleß, Nikolai, Myslowitz, Tarnowitz und Antonienhütte entstanden. Davon sind die in Myslowitz und Nikolai, die zuletzt nur noch 31 bzw. 36 Schüler hatten, 1929 bzw. 1931 wieder aufgelöst worden. 1923 sind die Gymnasien in Laurahütte, Lublinitz und Rybnik entstanden; von diesen hat das in Lublinitz nur zwei Jahre, zuletzt mit 38 Schülern, bestanden. Das 1925 gegründete Gymnasium in Lipine hat sich bis 1932, zuletzt mit 186 Schülern behauptet. Es ist im Jahre 1932 von dem großen Gymnasium in Königshütte abgelöst worden. Mit Ende des Schuljahres 1936/37 werden die Gymnasien in Rybnik, Antonienhütte und Laurahütte

geschlossen. Ihren höchsten Schülerstand haben die deutschen Privatgymnasien im Schuljahr 1932/33 mit 1 694 Gymnasiasten gehabt. In den beiden folgenden Schuljahren ist die Schülerzahl in der Hauptsache infolge der durch die polnische Schulreform notwendig gewordene Auflösung der 1. und 2. Klasse auf 1 406 und 1 109 zurückgegangen. Gegenwärtig zählen sie nur noch 939 Schüler, von denen fast die Hälfte, nämlich 463, auf das Gymnasium in Königshütte entfällt. Die übrigen Gymnasiasten verteilen sich auf Antonienhütte (114), Tarnowitz und Rybnik (je 108), Pleß (86) und Laurahütte (60).

Die deutschen Kindergärten

Sehr schlimm ist es um die deutschen Spielschulen und Kindergärten in Ostoberschlesien bestellt. Wie dem Volksschulwesen so werden auch dem deutschen Kindergartenwesen in der Unterbringungs-, der Sprachprüfungsfrage usw. von Seiten der polnischen Behörden fortgesetzt schikanöse Schwierigkeiten gemacht. Die Kindergärten werden zum größeren Teil (nämlich 16 von den heute bestehenden 20) vom Deutschen Schulverein unterhalten, die übrigen von katholischen oder evangelischen Verbänden oder wirtschaftlichen Unternehmungen (wie der Bismarckhütte AG). Aus der Vorkriegszeit haben sich drei Kindergärten erhalten. Außer diesen und drei weiteren Kindergärten, die aus den Jahren 1922 und 1929 stammen, sind alle übrigen in den Jahren 1932 (3), 1933 (4), 1934 (7) und 1935 (3) gegründet worden. In Kattowitz und Königshütte gibt es je drei deutsche Kindergärten mit 113 bzw. 164 Kindern. Siemianowitz hat zwei Kindergärten mit zusammen 71 Kindern.. In Myslowitz gibt es 61 Kinder, die einen deutschen Kindergarten besuchen, in Hohenbirken, Nikischschacht, Tarnowitz und Chwallowitz je 45, in Rybnik 41, in Nikolai und Pleß je 40, in Gollassowitz 32, in Kreuzdorf 30, in Lublinitz 28, in Petrowitz 25 und in Tichau 16. Diese Zahlen sind angesichts der mehreren tausend Kinder, die für die deutschen Kindergärten in Frage kämen, lächerlich gering. Industriegemeinden mit so einer starken deutschen Bevölkerung wie etwa Groß-Heiduk, haben überhaupt keinen deutschen Kindergarten. Die Schuld daran liegt keineswegs auf deutscher Seite. Die Gesamtzahl der Kinder, die deutsche Kindergärten besuchen, ist im Jahre 1934 auf 903 und im Jahre 1936 auf 986 gestiegen. Mit Beginn des laufenden Schuljahres ist sie auf 866 gesunken.

Zusammenfassung

Nachstehend sei noch einmal der Stand aller erwähnten deutschen Bildungsanstalten Ostoberschlesiens zusammengestellt, und zwar erstens im Schuljahr 1926/27, zweitens in dem Schuljahr, in dem sie die Höchstzahl ihrer Schüler erreicht haben, und drittens im Schuljahr 1936/37. Die Zahl der Schüler hat betragen:

	Schuljahr 1926/27	Höchststand	Schuljahr 1936/37
Öffentliche Minderheitsvolksschulen	20 093	20 645 (1925/26)	7 629
Öffentliche höhere Minderheitsschulen . .	1 503	2 343 (1922/23)	28
Öffentliche Minderheits-Mittelschulen . . .	2 338	2 405 (1925/26)	155
Deutsche private Volksschulen	1 043	2 749 (1934/35)	2 643
Deutsche höhere Privatschulen	1 641	1 694 (1932/33)	939
Deutsche Kindergärten	273	986 (1935/36)	866

In den aufgeführten deutschen Unterrichtsbetrieben (ohne die Kindergärten) sind demnach im Schuljahr 1926/27 noch 26 618 Kinder gewesen. 10 Jahre später sind es nur noch 11 394. Davon besuchen öffentliche deutsche Unterrichtsanstalten 7 812 (= 69 v. H.), gegenüber nur 3 582 (= 31 v. H.), die private deutsche Unterrichtsanstalten besuchen. In den deutschen Volks- und Mittelschulen gibt es 10 427 (= 91 v. H.) Kinder, gegenüber 967 (= 9 v. H.) die höhere deutsche Schulen besuchen. Etwa sieben Zehntel der deutschen Schüler insgesamt und über drei Viertel der deutschen Volks- und Mittelschüler sind also in den in volkspolitischer und pädagogischer Hinsicht zumeist völlig unzulänglichen öffentlichen Schulen mit deutscher Unterrichtssprache untergebracht.

Um die Lage des deutschen Schulwesens in Ostoberschlesien zu charakterisieren, muß noch folgendes hinzugefügt werden: Die Kinder, die die genannten öffentlichen und privaten Volksschulen, Mittelschulen und Gymnasien mit deutscher Unterrichtssprache besuchen, sind nur ein Teil aller in Ostoberschlesien tatsächlich vorhandenen Kinder deutscher Volkszugehörigkeit. Nach den Angaben,

die Senator Wiesner vor einiger Zeit im Warschauer Senat gemacht hat, ist mehr als ein Drittel aller deutschen schulpflichtigen Kinder Ostoberschlesiens ohne jeden Unterricht in deutscher Sprache. Mehr als ein Drittel ist von den Eltern im Widerspruch zu ihrem ausdrücklichen Volkstumbekenntnis, oder durch die Androhung dauernder Arbeitslosigkeit in polnische Schulen eingeschult worden. Die Zahl der Kinder, die durch polnische Zwangsmaßnahmen von den deutschen Schulen ferngehalten werden, ist jedoch noch weit größer als sie in dieser Angabe des Senators Wiesner erscheint, wenn man nicht, wie es hier geschehen ist, die durch die Mitgliedschaft bei deutschen Organisationen usw. offen bekundete Volkszugehörigkeit der Erziehungsberechtigten zugrundelegt, sondern einmal die Möglichkeit eines freien und unbehinderten Volkstumsbekenntnisses annimmt, eine Möglichkeit, die es für die Deutschen Ostoberschlesiens tatsächlich nicht gibt.

Der Rechtscharakter des Memelstatuts

Es ist in der reichsdeutschen Presse zwar schon seit längerer Zeit vom Memelgebiet und vor allem vom Memelstatut nur noch selten die Rede. Es wäre aber falsch, wenn man daraus den Schluß ziehen wollte, daß die Memeldeutschen von den litauischen Behörden rücksichtsvoller angefaßt werden, seitdem sich die Kauener Regierung aus Gründen, die nicht bei ihr gelegen haben, veranlaßt gesehen hat, ein dem Willen der Bevölkerung entsprechendes Direktorium bestehen zu lassen. An der grundsätzlichen Einstellung der maßgebenden litauischen Kreise zur Memelfrage hat sich gar nichts geändert. Nur die Methoden, mit denen versucht wird, diese Einstellung politisch zu realisieren, sind seit dem für Litauen peinlichen Ausgang der memelländischen Landtagswahlen vom Herbst 1935 andere geworden. Ist vorher versucht worden, durch die Ausschaltung der beiden sichtbaren Repräsentanten der memelländischen Autonomie, des Landtages und des Direktoriums, zum Ziele zu kommen, so wird dasselbe Ziel seit anderthalb Jahren auf einem die internationale Aufmerksamkeit weniger erregenden Wege zu erreichen versucht. Unter der Hand wird die Zuwanderung litauischer Elemente nach Memel gefördert; ohne viel Lärm wird die wirtschaftliche Ueberfremdung des Memelgebietes betrieben; und stillschweigend werden alle vom Memellandtag gefaßten Beschlüsse, die geeignet erscheinen, das Tempo der Litauisierungspolitik zu verlangsamen, durch das Veto des Gouverneurs unterbunden. Das Ziel ist das gleiche geblieben, nur die Methoden sind „feiner" geworden. Das Ziel ist die Beseitigung der memelländischen Autonomie. Diese Autonomie ist von litauischer Seite niemals als eine bleibende Einrichtung, sondern immer nur als eine Uebergangsregelung aufgefaßt worden, an deren Ende einmal die vorbehaltlose Eingliederung des Memelgebietes in den litauischen Staat stehen soll. Diese von litauischer Seite immer wieder aufgestellte These widerspricht dem Ursprung und dem Rechtscharakter des Memelstatuts. Das soll im folgenden noch einmal an Hand der Arbeit des amerikanischen Völkerrechtslehrers Dr. Thorsten Waino Kalijarvi, die unter dem Titel „Die Entstehung und rechtliche Natur des Memelstatuts und seine praktische Auswirkung bis zum heutigen Tag" in deutscher Uebersetzung erschienen ist, festgestellt werden. (Aus dem Englischen übersetzt von Dr. Margarete Gärtner. Verlag Dr. Emil Eberling, Berlin 1937. 190 Seiten. Preis 7,40 RM.)

Ueber die Gründe, die die Westmächte s. Zt. dazu bewogen haben, das Memelgebiet nicht ohne Vorbehalte der litauischen Souveränität zu unterstellen, führt Kalijarvi u. a. aus: „Eine bezeichnende Tatsache ist, daß die politische Grenze zwischen Rußland und Deutschland vor 1914 gleichzeitig eine religiöse, wirtschaftliche und kulturelle war, und so ist es bis heute geblieben. Das Memelgebiet steht gesondert von Litauen da. Die durch das Abkommen zugesicherte Autonomie und die Signatarmächte erkannten diese Tatsache an." Der litauischen Behauptung vom angeblich „urlitauischen" Charakter des Memelgebietes stellt Kalijarvi mit Recht den Gedanken entgegen, daß der litauische Großfürst Vytautas im Frieden am Melnosee, den er im Jahre 1422 mit dem besiegten Orden abschloß, das Memelgebiet zweifellos nicht beim Ordensstaate gelassen hätte, wenn er Grund gehabt

hätte, es als litauisches Gebiet für seinen Staat in Anspruch zu nehmen. „Dieser Friede war, wie der nach dem Weltkriege, *ein durch die Siegerstaaten diktierter Friede*. Der Orden war hilflos. Er mußte annehmen, was Vytautas diktierte. *Wäre Memel litauisch gewesen, oder hätten die Litauer eine begründete Forderung (auf dieses Gebiet) erheben können, dann würde Vytautas das sicherlich nicht verabsäumt haben.* Aber er erhob keine Forderung. Das Jahr 1422 ist daher von größter Wichtigkeit für die Geschichte des Memelgebietes". Auch der litauischen Behauptung, daß die heutige Bevölkerung des Memelgebietes auf Grund ihrer „objektiven Merkmale", ihrer Abstammung und Sprache, dem litauischen Volkstum zugezählt werden müsse, tritt Kalijarvi entgegen. „Ob in Memel mehr deutsch als litauisch gesprochen wird oder umgekehrt, ist nicht der bestimmende Faktor in diesem Gebiet. *Die Kultur des Gebietes ist ohne Frage deutsch* . . . Wenn man mit den Memelländern spricht, so sieht man bald, daß hier das Gefühl vorherrschend ist. 500 Jahre deutschen Kultureinflusses haben einen so starken Eindruck auf die Bevölkerung hinterlassen, daß sie selbst sich als deutsch empfindet."

Kalijarvi verweist auch darauf, daß die Bevölkerung des Memelgebietes keine Gelegenheit, die ihr geboten wurde, ungenutzt gelassen hat, um in völlig eindeutiger Weise ein Bekenntnis für ihr Deutschtum abzulegen. Und er erinnert daran, daß die Tatsache des deutschen Charakters dieses Gebietes den Litauern gelegentlich auch von den Vertretern der Feinde Deutschlands sehr unverblümt zu Bewußtsein gebracht worden ist. So zitiert er z. B. die Worte, mit denen der Vorsitzende der Memelkommission der Botschafterkonferenz, der Franzose *Laroche*, am 24. März 1923 das anmaßende Auftreten des litauischen Delegierten Galvanauskas gedämpft hat: „Litauen dürfe niemals vergessen, daß es noch eine russische Provinz sein würde, wenn Rußland eine alliierte Macht geblieben wäre. *Litauen wisse auch, daß eine Volksabstimmung im Memelgebiet niemals zu seinen Gunsten ausgefallen wäre*". Kalijarvi erwähnt auch den vom 6. März 1923 datierten Bericht der Außerordentlichen *Kommission der Botschafterkonferenz*, in dem u. a. festgestellt wurde, daß der sogen. „Aufstand" vom 10. Januar 1923 in Wirklichkeit keine Aktion der memelländischen Bevölkerung, sondern *eine litauische Invasion* gewesen, „durch die Kownoer Regierung geplant, vorbereitet und in die Tat umgesetzt worden ist", daß die östliche Grenze des Memelgebietes „*eine wirkliche Scheidung ohne Uebergang zwischen zwei verschiedenen Zivilisationen*" darstellt und „*eine richtige Grenze zwischen West und Ost, zwischen Europa und Asien*" bildet, und daß jeder deutsche Vertreter, mit dem die Kommission in Verbindung getreten ist, aber *kein einziger litauischer Vertreter die Durchführung einer Volksabstimmung im Memelgebiet verlangt hat*.

An Hand dieser und anderer Zeugnisse stellt Kalijarvi den durchaus deutschen Charakter des durch Versailles zugunsten der alliierten und assoziierten Mächte vom Deutschen Reiche losgetrennten Landes fest; und er beweist, daß *ein ursächlicher Zusammenhang zwischen der litauischen Souveränität über Memel und der Autonomie dieses Gebiets* besteht und zwar derart, daß die Autonomie die Bedingung gewesen ist, unter der Litauen die Souveränität über Memel von den alliierten und assoziierten Mächten zuerkannt worden ist. Kalijarvi führt auch hierfür die maßgebenden Zeugnisse an, z. B. den *Davis-Bericht* vom 12. März 1924, in dem es u. a. heißt, daß „der Uebergang der Souveränität automatisch zurückgestellt bleibt, bis der Vertrag (d. h. die Memelkonvention einschließlich des Memelstatutes) von allen Parteien durch Ratifizierung vollzogen sein wird". Kalijarvi bestätigt auch, daß *die dem Memelgebiet gewährte Autonomie keine vorübergehende Einrichtung ist*. Er zitiert den Inhalt der von der Botschafterkonferenz an Litauen gerichteten Note vom 16. Februar 1923 und bemerkt dann hierzu: „Es bestand kein *Zweifel, daß dies die Bedingungen waren, auf denen der Uebergang der Souveränität beruhen sollte. Sie bedeuteten das quid pro quo, nach dem Litauen Memel erhalten sollte und waren absolute Regelungen, nicht solche für eine Uebergangsperiode*. Es ist logisch, daraus zu schließen, daß zum mindesten technisch eine absichtliche Verletzung dieser Bedingungen — nachdem die Souveränität übertragen war — die ernste Frage aufwerfen mußte, ob Litauen dadurch der Souveränität und seiner Rechte in Memel verlustig ginge".

Litauen hat im Jahre 1923 einmal versucht, von sich aus dem Memelgebiet eine Autonomie zu gewähren, nicht um die überlieferte deutsche Kultur dieses Gebietes zu schützen, sondern in der Hoffnung, verhindern zu können, daß ihm von den Mächten eine solche Verpflichtung auferlegt wird. Die Dinge haben sich aber anders entwickelt: „Die Autonomie", sagt Kalijarvi, „macht Memel zu einer politischen und gesetzmäßigen Einheit, die ihre Rechte und Machtbefugnisse nicht von Litauen, sondern aus Abkommen und Statut erhält. Welche Rechte immer Litauen über Memel hat, sie stammen aus dem Statut, dem Abkommen und der Note vom 16. Februar 1923. . . Man braucht nur das Statut zu lesen, um zu sehen, daß für das Memelgebiet die Autonomie vorgeschrieben ist. Das Statut sagt auch, wie diese Autonomie durchgeführt werden soll. Erst wo die autonomen Privilegien enden, treten die Gesetze, Verfassung und Rechte Litauens ein. . . . Die Souveränität Litauens über Memel kann nur unter internationalen Bedingungen ausgeübt werden".

In Litauen ist man sich über die internationale Bedingtheit der Souveränität über das Memelgebiet völlig im Klaren. Aber man ist fest entschlossen, diese Rechtslage nicht als politische Realität anzuerkennen. Die Taktik, die man seit anderthalb Jahren dem Memelgebiet gegenüber verfolgt, zielt offenbar darauf ab, die Memelfrage als ein Problem der internationalen Politik, zu dem sie durch das Zustandekommen der Memelkonvention und des Statutes gemacht worden ist, in Vergessenheit geraten zu lassen. Und dieser Taktik liegt weiter die Absicht zugrunde, im Memelgebiet selbst eine „vollendete Tatsache" zu schaffen, nämlich durch die wirtschaftliche Aushöhlung des alteingesessenen deutschen und die Vermehrung des landfremden litauischen Elementes die Autonomie zu einem gegenstandslosen Schemen zu machen.

Heimarbeit in Ostpreußen

Mit dem Begriff Heimarbeit verbindet man meist ohne weiteres eine Vorstellung von großer Armut und allerschlechtesten sozialen Verhältnissen. Man weiß etwas, meist nur wenig, von der Heimarbeit in den Notstandsgebieten Sachsens, Bayerns, Thüringens und Schlesiens. Aber Heimarbeit in Ostpreußen ist für alle, auch für die Ostpreußen selber, kaum ein Begriff. Man darf sie auch nicht mit der anderer Teile des Reiches vergleichen, da sie sich von dieser nach ihrer Entwicklung, ihren Zielen und ihrem Umfang grundsätzlich unterscheidet. Es gibt keine „Heimarbeitsfrage" in Ostpreußen, wie man sie von den genannten Gebieten her kennt. Doch spielt bei dem gewerblichen Aufbau Ostpreußens, den der Nationalsozialismus seit der Machtergreifung planmäßig betreibt, auch die Heimarbeit eine Rolle. Zunächst ist die ganze Provinz nach allen gewerblichen Ansätzen und nach allen Resten ehemaligen industriellen Schaffens abgesucht worden. Immer wieder ist man dabei auf wertvolle Spuren ehemaliger Heimarbeit gestoßen, die in Zukunft ausgenutzt und ausgebaut werden sollen.

Ostpreußens Heimindustrie hat niemals einen Zusammenhang mit großen industriellen Zentren gehabt wie man dies von anderen Gebieten her kennt. Sie entstand ganz einfach aus dem Bestreben einzelner Siedler und Bauern, sich möglichst alle Gegenstände des täglichen Lebens selbst anzufertigen. Und es bildete sich mit der Zeit und mit der Verfeinerung der Ansprüche ein gewisses Spezialistentum heraus: der eine oder andere verlegte sich auf das ihm besonders liegende Gebiet und vertauschte oder verkaufte seine Erzeugnisse. Um eine Vorstellung von der weiten Verbreitung, die dieses Hausgewerbe noch bis vor gar nicht so langer Zeit hatte, zu geben, soll nur erwähnt werden, daß bei einer kürzlich durchgeführten Umfrage z. B. im Kreise Lyck noch etwa 1200 brauchbare Webstühle festgestellt werden konnten. Durch die billigen Massenprodukte der Industrie wurden die Erzeugnisse der ländlichen Heimarbeit jedoch in den letzten Jahrzehnten, vor allem nach dem Kriege, vom Markt und leider zum großen Teil auch aus dem Hause verdrängt. Reste der alten Heimarbeit blieben aber noch in einigen Teilen Ostpreußens, hauptsächlich in den abgelegenen Dörfern und Höfen Masurens und in der Niederung, erhalten. Es werden da Haus- und Küchengeräte, Spielsachen, Holzpantinen usw. geschnitzt. Vor zwei

Jahren machte man einen interessanten Versuch: Die Stadt Bartenstein erließ damals einen Aufruf, alte, ererbte Webereien aus den Schränken und Truhen zusammenzusuchen. Das Ergebnis war eine Fülle von Stoffen aller Art; es konnten in dieser einen Stadt noch annähernd 60 verschiedene Webmuster und Webarten nachgewiesen werden. Und dabei handelte es sich bei den zusammengetragenen Stoffen nicht etwa um Museumsstücke, sondern um zum größten Teil noch heute in Gebrauch befindliche Vorhänge, Tisch- und Bettdecken und andere Erzeugnisse der Handweberei. Eine ähnliche Fülle von Formen und Mustern weisen auch andere Teile Ostpreußens auf. Der wertvollste Rest dieses alten Hausgewerbes ist die Teppichknüpferei. Diese wird in der Umgebung von Lyck seit Jahrhunderten ausgeübt. Ihre Erzeugnisse, die Glanzstücke der Heimat- und Volkskundemuseen bilden, stehen dem Besten, was man auf diesem Gebiete kennt, nicht nach.

Seit einigen Jahren befassen sich nun verschiedene Stellen mit der Förderung der Heimarbeit, und sie haben zum Teil schon beachtliche Erfolge erzielt. Man hat sich dabei hauptsächlich um die Handweberei bemüht. Eine große Zahl von Webkursen ist besonders in den südlichen und östlichen Grenzgebieten durchgeführt worden. Im Winter 1935/36 sind es etwa 120 einzelne Kurse mit insgesamt über 1 000 Teilnehmern gewesen. Man hat erreicht, daß die Heimweberei, die fast ausschließlich nur noch von alten Frauen betrieben wurde, auch bei der Jugend wieder Anklang findet und daß breitere Volksschichten wieder auf die schönen, brauchbaren Erzeugnisse solcher Arbeit aufmerksam werden. Allerdings ist die Zahl der Heimarbeiter, die ausschließlich von der Handweberei leben, noch äußerst gering; aber als Nebenerwerb hat die Heimarbeit durchaus ihre Bedeutung. Und gerade die Möglichkeit, dem kleinbäuerlichen Betrieb durch sie zu einem zusätzlichen Einkommen zu verhelfen, verdient in landwirtschaftlich nicht besonders begünstigten Gebiete Beachtung. Aus dem Kreise Ortelsburg wird z. B. berichtet, daß einzelne Frauen durch Handweberei jährlich über 200,— RM. zusätzlich verdienen. Das ist ein Betrag, der für die dortigen Verhältnisse durchaus ins Gewicht fällt.

Der Ausgangspunkt der einzelnen Maßnahmen zur Förderung der Heimarbeit ist in den meisten Fällen die Kreisstadt. So besteht in einigen Kreisen heute schon eine Stelle, die sich je nach den gegebenen Verhältnissen ganz verschiedenartig entwickelt. Als Beispiele mögen angeführt werden: die „Heimarbeit Großes Moosbruch“, das „Heimwerk Samland“ und der „Kreisverein für Heimarbeit Sensburg“. Als zentrale Organisation besteht seit Jahren der „Verein für volkstümliche Heimarbeit“ in Königsberg. Der BDM. hat sich in der Handweberei Jablonken, die sich aus einer BDM.-Webschule entwickelt hat, eine eigene Form für die Heimarbeit geschaffen. Als privates Unternehmen befaßt sich die bekannte Leinenweberei Hof Kapkeim mit Heimarbeit, die es ganz besonders verstanden hat, den Sinn für schlichte und schöne Leinenstickereien zu wecken. Dazu kommen noch die Bemühungen der NS.-Kulturgemeinde und des Landesfremdenverkehrsverbandes, die es verstanden haben, der volkstümlichen Heimarbeit manche Anregung zu geben.

Neben dieser sogenannten volkstümlichen Heimarbeit gibt es Heimarbeit noch im Zusammenhang mit dem Bekleidungsgewerbe. Mindestens die Hälfte der ostpreußischen Heimarbeiter muß dieser Gruppe zugezählt werden. Insgesamt leben bisher in Ostpreußen nur etwa 2500 Menschen ganz oder zum größten Teil von der Heimarbeit. Dazu kommen (nach groben Schätzungen) noch etwa 500 Menschen, welche die „volkstümliche Heimarbeit“ nebenberuflich oder als Kleingewerbetreibende ausüben.

Die Erfahrungen, die man mit der Heimarbeit vor allem in Sachsen und Schlesien gemacht hat, haben gezeigt, daß es notwendig ist, diese in ganz bestimmte Bahnen zu leiten. Es kommt für Ostpreußen darauf an, die Heimarbeit in die wirtschaftliche Gesamtplanung einzubauen. Es ist notwendig, sich darüber Klarheit zu verschaffen, welche Ziele man verfolgen will (Haupt- oder Nebenerwerb, künstlerische Fortbildung usw.), wo, mit welchen Mitteln und wen man fördern will und mit welchen besonderen Schwierigkeiten (vor allem beim Absatz der Erzeugnisse) voraussichtlich zu rechnen ist. Eines ist jedenfalls klar: In Verbindung mit dem gewerblichen Aufbau der Provinz fällt der Heimarbeit die Aufgabe zu, die aus verschiedenen Gründen besonders in den Grenzgebieten entstehenden räumlichen Lücken in der industriellen Durchsetzung auszufüllen. Die Heimarbeit kann

damit besonders wirkungsvoll der Abwanderung der Grenzbevölkerung entgegentreten; denn sie stellt erfahrungsgemäß eines der besten Mittel dar, Menschen bodenverbunden zu machen. Die Heimarbeit soll Anregung zu werktätigem Schaffen geben und den schöpferischen und gestaltenden Menschen Ostpreußens den Weg zu selbständiger Werktätigkeit weisen. Sie soll ihnen damit die Möglichkeit bieten, über die Heimarbeit hinaus bodenständige und gesunde gewerbliche Betriebe aufzubauen und gleichzeitig den notwendigen Stamm tüchtiger Arbeitskräfte heranzuziehen. Was in Ostpreußen nottut, ist nicht der Heimarbeiter, der abhängig ist von der Willkür einzelner Großindustrieller und Großhandelsgeschäfte, sondern der unternehmungslustige, fachlich geschulte und tüchtige Kleingewerbetreibende, der durch die Schule der Heimarbeit oder des Hausgewerbes gegangen ist, sich dort bewährt hat und dem aufgrund seiner Tüchtigkeit Hilfe und Förderung zusteht.

Dieses Aufgabengebiet wird einer Organisation zugewiesen werden, in der sich alles zusammenschließt, was irgendwie aus sozialen, wirtschaftlichen, volkspolitischen und künstlerischen Fragen an der Heimarbeit interessiert ist. Die Arbeit dieser Organisation wird deshalb erfolgreich sein, weil es ihr möglich ist, zu planen und zu lenken; sie kann den Gleichklang zwischen Industrie und Heimarbeit sicherstellen. Durch sie kann gefördert werden, was wirtschaftlich nützlich und künstlerisch wertvoll ist, kann aber auch unterbunden werden, was sozial unerwünscht und geschmacklich entartet erscheint.

Dr. H. Kögel.

Volkstod in der Tschecho-Slowakei

Nach den Mitteilungen des Statistischen Staatsamtes in Prag zeigt die Bevölkerungsentwicklung in der Tschecho-Slowakei im Jahre 1936 folgendes Bild:

Geschlossene Ehen	121 145	Totgeburten	6 225
Lebendgeburten	264 647	Sterbefälle	202 471

Demnach ergibt sich für 1936 ein Bevölkerungszuwachs von 62 176 Personen bei insgesamt 270 872 Geburten. Von allen lebend- und totgeborenen Kindern waren 140 116 Knaben; das sind fast 52 v. H. aller Geborenen. Auf 1 000 Einwohner umgerechnet gab es im Jahresdurchschnitt 7,98 Ehen, 17,43 Lebendgeburten, 0,41 Totgeburten, 17,84 Geburten insgesamt, 13,34 Gestorbene. Der natürliche Bevölkerungszuwachs betrug also 4,19 aufs Tausend. Auf 1 000 im Jahre 1936 geborene Mädchen kamen 1 071,7 Knaben. In den einzelnen Verwaltungsgebieten des Staates vollzog sich die natürliche Bevölkerungsentwicklung wie folgt:

	Böhmen	Mähren-Schlesien	Slowakei	Karpathenrußland
Ehen	58 941	29 598	26 663	5 943
Geburten insgesamt	101 524	60 174	82 528	26 576
davon Lebendgeburten	98 936	58 906	80 664	26 141
Gestorbene	93 856	45 371	48 512	14 732
natürlicher Bevölkerungszuwachs . . .	5 080	13 535	32 152	11 409
Auf je 1 000 Einwohner entfielen:				
Ehen	8,20	8,14	7,58	7,45
Geburten insgesamt	14,03	16,56	23,49	33,30
Lebendgeburten	13,67	16,21	22,96	32,76
Gestorbene	12,97	12,49	13,81	18,47
natürlicher Bevölkerungszuwachs . . .	0,70	3,72	9,15	14,29

An diesen Zahlen ist zunächst folgendes interessant: Die Bevölkerungsentwicklung in der Tschecho-Slowakei zeigt das für ganz Europa typische ost-westliche Gefälle. Obwohl in den östlichsten Gebieten die Eheschließungen geringer sind als in den westlichen, ist die Geburtenzahl im Osten fast doppelt so groß als im Westen, obwohl Karpathenrußland im Verhältnis zu den anderen Gebieten die höchste Sterbeziffer und die höchste Zahl der Totgeburten aufzuweisen hat. Während aber z. B. in Böhmen auf 1 000 Einwohner fast kein Bevölkerungszuwachs mehr erfolgt, beträgt er ansteigend nach Osten in Mähren-Schlesien noch 3,72 a. T., verdreifacht sich in der Slowakei auf 9,15 a. T. und verfünffacht sich ungefähr in Karpathenrußland auf 14,29 a. T., das als das kleinste Verwaltungsgebiet, auch in absoluten Zahlen ausgedrückt, mit 11 409 Personen mehr als den doppelten Bevölkerungszuwachs aufzuweisen hat als Böhmen, das größte Gebiet.

In Böhmen sind es in erster Linie die sudetendeutschen Grenzgebiete, die in Auswirkung der nationalpolitischen und wirtschaftlichen Verhältnisse und Maßnahmen der Prager Regierung, einen beängstigenden Bevölkerungsrückgang aufzuweisen haben. So zeigen die einzelnen sudetendeutschen Landschaften folgende Entwicklung:

Geburtenrückgang im sudetendeutschen Raum 1925 bis 1935

Landschaft	Auf 1 000 Einwohner kamen Lebendgeburten			Stärke des Rückganges um . . %	Geb.überschuß auf 1 000 Einw.
	1925	1930	1935		
Böhmerwald	26,64	24,84	21,84	18,0	+ 6,53
Westböhmen	25,02	21,40	18,12	27,6	+ 3,40
Egerland	22,13	19,84	13,07	36,9	+ 1,55
Erzgebirge	25,01	19,21	12,38	50,5	+ 1,14
Saazerland	24,77	22,66	15,81	36,2	+ 2,32
Braunkohlengebiet	22,20	17,73	11,65	47,5	+ 0,07
Elbegau	17,70	15,92	11,06	37,5	— 1,93
Polzenland	20,50	18,87	14,22	30,6	— 0,08
Niederland	16,15	14,60	11,67	27,7	— 2,06
Jeschken-Isergebirge . . .	13,69	12,40	8,92	34,8	— 2,61
Ostböhmen	19,88	16,82	13,35	32,9	— 0,58
Schönhengstgau	21,69	18,38	16,42	24,3	+ 3,01
Nordmähren	22,58	19,59	15,38	31,9	+ 1,46
Westschlesien	24,46	22,09	16,92	30,8	+ 2,97
Odergau	20,69	19,36	14,54	29,7	+ 1,25
Südmähren	24,30	22,04	16,67	31,4	+ 2,74

Diese Uebersicht zeigt zunächst, daß der Geburtenrückgang eine Erscheinung im ganzen sudetendeutschen Raum ist und somit die ganze deutsche Volksgruppe eine rückläufige Bevölkerungsentwicklung aufweist. Die Zahlen weisen aber zugleich auf die Ursachen des drohenden Volkstodes hin, wenn man bedenkt, daß die wohlhabendsten Gebiete schon in den Zeiten wirtschaftlicher Hochkonjunktur zu den geburtenärmsten gehörten (z. B. Elbegau, Polzenland, Niederland, Jeschken-Isergebirge) und auf der anderen Seite die ärmsten Landschaften auch heute trotz aller Not und allen Elends die höchsten Geburtenziffern aufweisen (z. B. Böhmerwald, die Böhmerwaldbezirke Westböhmens, das Adlergebirge usw.).

Die bevölkerungspolitische Lage in den 8 größten sudetendeutschen Städten ergibt nach den abschließenden Ergebnissen des Jahre 1935 folgendes Bild; es entfallen auf je 1 000 Einwohner:

Stadt	Lebendgeb.	Sterbefälle	Geburtenüberschuß bzw. -unterschuß	Einwohnerzahl
Eger	11,32	11,23	+ 0,9	33 767
Aussig	10,29	11,46	— 1,17	45 352
Komotau . . .	9,81	11,73	— 1,92	36 170
Brüx	9,64	11,84	— 2,20	28 719
Gablonz . . .	9,67	12,08	— 2,41	37 268
Troppau . . .	8,73	12,36	— 3,63	37 429
Reichenberg . .	6,92	12,44	— 5,52	40 001
Teplitz	6,85	13,98	— 7,13	31 743

Mit Ausnahme der Stadt Eger weist keine der angeführten Städte einen Geburtenüberschuß auf, so daß sie alle ihre Bevölkerungsziffer nur durch ständigen Zuzug vom Lande erhalten können.

Die Bedeutung der Bevölkerungsbilanz der Tschecho-Slowakei aber liegt darin, daß sie in ihrer Gesamtheit eine von Jahr zu Jahr sich steigernde Verlustbilanz darstellt. Zum erstenmal tritt die bisher als ein vitaler Staat geführte Tschecho-Slowakei mit ihren Geburtenziffern hinter Frankreich und England. Der Einwohnerzuwachs betrug im Jahre:

1933 . . .	90 676 Seelen	1935 . . .	70 527 Seelen
1934 . . .	79 812 „	1936 . . .	56 633 „

Tritt in dieser Entwicklung keine Aenderung ein, hat die Tschecho-Slowakei bereits im Jahre 1940 keinen Einwohnerzuwachs mehr zu verzeichnen. Vor der Tschecho-Slowakei mit 17,8 Geburten auf 1 000 Einwohner stehen mit noch geringeren Ziffern Norwegen mit 14,8, Oesterreich mit 14,3, Schweden mit 13,7.

Diese Entwicklung hat besonders in militärischen Kreisen der Tschecho-Slowakei zu ernsten Besorgnissen Anlaß gegeben und die Regierung veranlaßt, das militärwissenschaftliche Institut um eine neue Abteilung zu erweitern, die sich nach eigenen Angaben mit bevölkerungspolitischen Fragen zu beschäftigen hat: „Zweck der Abteilung ist die wissenschaftliche Bearbeitung einer Reihe wichtigster bevölkerungspolitischer Probleme, soweit sie sich auf die Wehrhaftigkeit beziehen . . .“ Genaue Angaben über die augenblickliche

Rekrutenkapazität gibt es aus begreiflichen Gründen nicht. Nach den bisherigen Veröffentlichungen, insbesondere des tschechischen Bevölkerungspolitikers und Universitätsprofessors Chura kann sie für das Jahr 1937 etwa mit 125 000 angesetzt werden. Die meisten Stellungspflichtigen werden der Heeresverwaltung im Jahre 1941, und zwar etwa 170 000 an der Zahl, zur Verfügung stehen. Von da ab sinkt die Ziffer entsprechend dem fortschreitenden Geburtenrückgang in bedenklicher Weise. Für das Jahr 1946 hat Chura 142 000 Rekruten errechnet und 1955 werden es nur noch 108 000 sein. Damit erhält die Geburtenfrage einen überaus ernsten Charakter, denn schon 1960 wird die Zahl der jährlichen Stellungspflichtigen unter die Hunderttausendgrenze gefallen sein. Dr. K. V.

Deutsche Schulnot in Polen

Einen Einblick in die Schwierigkeiten, die der Entwicklung des deutschen Privatschulwesens in Ostoberschlesien bereitet werden, gewähren folgende fünf Fälle, in denen es sich um seit Jahren unerledigte Beschwerden des Deutschen Volksbundes handelt:

1. Errichtung einer privaten Minderheitsvolksschule in Königshütte; die Beschwerde läuft seit März 1934. Hier werden von den polnischen Behörden zur Verhinderung des Bauvorhabens angeblich bergbautechnische Hinderungsgründe vorgeschoben, die aber von sachverständiger bergbautechnischer Seite längst widerlegt sind. In unmittelbarer Nähe des vorgesehenen Bauplatzes auf einem Gelände, das bergbautechnisch genau so liegt wie das für den deutschen Schulbau vorgesehene Grundstück, befinden sich zwei polnische Schulen, die bisher noch keinerlei Schaden erlitten haben und voraussichtlich auch keinen erleiden werden.

2. Errichtung einer privaten Minderheitsvolksschule in Rybnik; die Beschwerde läuft seit Januar 1935. Die Baugenehmigung wird abgelehnt, weil der Bau in der Grenznähe geplant sei. Andere Bauten in derselben Zone sind aber genehmigt worden und werden auch weiter genehmigt. Der Ablehnungsgrund ist um so weniger stichhaltig, als der Bau der Schule innerhalb der geschlossenen Ortslage der Stadt Rybnik vorgesehen ist.

3. Errichtung einer privaten Minderheitsvolksschule in Makoschau; die Beschwerde läuft seit Januar 1935. Die polnische Behörde erklärt, daß das Bauprojekt mit dem Bebauungsplan von Makoschau unvereinbar sei. Außerdem läge der vorgesehene Bau innerhalb der Grenzzone. Trotzdem sind in unmittelbarer Nähe des Bauplatzes für den Bau von anderen Häusern die Baugenehmigungen anstandslos erteilt worden.

4. Errichtung einer privaten Minderheitsvolksschule in Kattowitz; die Beschwerde läuft seit März 1935. Nachdem zunächst geländetechnische Schwierigkeiten vorgeschoben wurden, die durch den Deutschen Schulverein beseitigt wurden, wird plötzlich durch einen Beschluß des Magistrats Kattowitz der Platz für eine Grünanlage vorgesehen erklärt. Der Beschluß dient offensichtlich nur zu dem Zweck, dem Deutschen Schulverein den Bau unmöglich zu machen, denn bis heute hat noch niemand in Kattowitz daran gedacht, den Platz zu einer Grünanlage umzugestalten, und wird man vermutlich nie daran denken, nachdem der Zweck erreicht worden ist, den Schulbau auf dem im Eigentum des Deutschen Schulvereins stehenden Grundstück unmöglich zu machen.

5. Genehmigung zur Benutzung der Turnhalle im Minderheitsgymnasium in Rybnik für Schülervorstellungen u. dergl. Durch die unbegründete Ablehnung von Umbauten wird es dem Deutschen Schulverein unmöglich gemacht, die Turnhalle für Theaterveranstaltungen der Schüler usw. zu benutzen.

*

Die skandalösen Zustände an der öffentlichen Minderheitsschule mit deutscher Unterrichtssprache in Kattowitz II haben den deutschen Elternverein schon mehrfach zu Eingaben an die Unterrichtsabteilung der Kattowitzer Wojewodschaft veranlaßt. Die vier nationalpolnischen Lehrkräfte dieser Schule benutzen den Unterricht zu einer systematischen Verächtlichmachung des Deutschtums. In der von

der Polin Chowaniec geleiteten Klasse sind lärmende Zwischenfälle, die durch die deutschfeindliche Einstellung und pädagogische Unfähigkeit dieser Person provoziert werden, zu einer gewohnten Erscheinung geworden. Der Unterricht des Polen Zajchowski ist derart, daß sich die deutsche Elternschaft gezwungen gesehen hat, zur Sicherung ihrer Kinder vor moralischem Schaden die Abberufung des Zajchowski zu fordern. Der polnische Schulleiter Starmach zwingt die deutschen Kinder, die Klassenzimmer zu reinigen und die Fenster zu putzen, obwohl es in der Schule einen hierfür besoldeten Schuldiener gibt. Und der Pole Matuszewski liebt es, die deutschen Kinder für die geringsten Vergehen mit gesundheitsschädlichen Strafen zu belegen. Der Unterrichtsabteilung der Kattowitzer Wojewodschaft sind die seelischen und körperlichen Mißhandlungen, denen die deutschen Kinder dieser Schule ausgesetzt sind, seit langem bekannt. Das Treiben der Starmach, Zajchowski, Chowaniec und Matuszewski aber scheint ganz im Sinne dieser amtlichen Stelle zu liegen.

*

Der deutsche Volksangehörige Franz Jurzyk in Czirsowitz (Ostoberschlesien) hatte im Jahre 1935 sein Kind zur deutschen Schule angemeldet. Sein Antrag war abgelehnt worden. Jurzyk hatte daraufhin verlangt, daß sein Kind einer Sprachprüfung vor der Gemischten Kommission unterzogen wird. Auch dieser Antrag war abgelehnt worden. Da es ihm auf diese Weise unmöglich gemacht worden war, sein Kind in die deutsche Schule zu schicken, ließ er es, gestützt auf den entsprechenden Artikel des Genfer Abkommens, vier Monate lang überhaupt keine Schule besuchen. Er wurde zunächst im Verwaltungswege zu 20 Zloty Geldstrafe verurteilt, wogegen er Berufung einlegte, so daß die Angelegenheit schließlich vor die Rybniker Strafkammer kam. Trotzdem Jurzyk nicht nur moralisch, sondern auch juristisch im Recht war, wurde er von diesem polnischen Gericht zu 134 Zloty Geldstrafe oder ersatzweise zu 64 Tagen Haft verurteilt.

*

Von Seiten des örtlichen Deutschtums wird bereits seit längerer Zeit der Bau einer deutschen Privatschule in Waldau im Kreise Schwetz geplant. Diese Absicht hat den polnischen Westverband in Erregung versetzt. Mitte April hat er eine Versammlung nach Prust zusammengerufen, die in einer Entschließung ihren Niederschlag fand. Darin hat der Westverband den Bau einer deutschen Privatschule in Waldau als „überflüssig" bezeichnet, da die deutschen Kinder, die für eine solche Schule in Frage kämen, ja ohnehin die deutschen Abteilungen an den öffentlichen polnischen Schulen besuchen. Weiter hat es in der Entschließung geheißen, daß die Eröffnung der geplanten Schule „die elementarsten nationalen Interessen der polnischen Bevölkerung bedrohe und die Existenz der polnischen Schulen der Umgebung untergrabe." Diese Befürchtung ist sehr interessant. Sie besagt nämlich nichts anderes, als daß Waldau und Umgebung ein so stark von deutschen Volksangehörigen bewohntes Gebiet ist, daß polnische Schulen dort, wenn es nur nach dem Willen der Eltern und nicht nach dem Druck der polnischen Behörden ginge, überhaupt nicht existenzfähig wären und von Rechts wegen durch deutsche Schulen ersetzt werden müßten. Die Veranstalter der Pruster Versammlung haben sich in dieser kläglichen Situation keinen anderen Rat gewußt als den, die Vertreibung der gefährlichen Deutschen zu fordern.

Ostland-Chronik

Polnische Zahlen

In Polen gibt es in den polnischen Schulen rund 100 000 Schüler, die deutschen Sprachunterricht erhalten, rund 80 000, die französischen Sprachunterricht nehmen, und nur knapp 30 000, die englischen Sprachunterricht haben. — In Polen werden zur Zeit rund 677 000 Rundfunkhörer gezählt. Damit steht Polen in Europa an achter Stelle. An der Spitze der europäischen Staaten steht Deutschland mit über 8 Millionen Rundfunkhörern. Es folgen England, Frankreich, Holland, Schweden, die Tschecho-Slowakei und Belgien. — Die Gesamtauflagenzahl der Tagespresse in Polen wird auf etwa 2 Millionen Stück geschätzt. Nimmt man 21 Millionen

Einwohner an, die über 17 Jahre alt sind und damit als Zeitungsleser in Frage kommen, so bedeutet das, daß nur jeder achte oder neunte Einwohner Polens eine Tageszeitung hält. — In ganz Polen gibt es 2 080 000 Fahrräder. Davon entfallen allein auf die Wojewodschaften Posen, Pommerellen und Schlesien 1 040 000 Fahrräder, also genau die Hälfte des Gesamtbestandes Polens. — Polen hat durch Streiks in den Jahren 1933 bis 1935 nicht weniger als 8 114 072 Arbeitstage verloren. — Im Jahre 1936 sind in Polen der Polizei insgesamt 560 000 Verbrechen und Vergehen bekannt geworden: 478 000 Diebstähle, 27 000 Betrügereien, 19 500 schwere Körperverletzungen, 7 951 Fälle von Hehlerei, 6 002 Fälle von Fälschungen, 5 670 Fälle von Anstiftung zum Verbrechen, 5 616 Fälle von Widerstand gegen die Staatsgewalt, 2 719 Brandstiftungen, 1 952 Raubüberfälle, 1 830 Morde, 1 738 Mordversuche und 888 Kindermorde.

Die jüdische Presse in Polen

In dem polnischen Pressekatalog „Para" sind u. a. auch die in Polen erscheinenden jüdischen Blätter verzeichnet. Für das Jahr 1936 werden dort 102 jüdische Organe, darunter 30 Tageszeitungen, aufgeführt. Als jüdisch werden hier nur die im Jargon oder in hebräischer Sprache gehaltenen Blätter bezeichnet, ferner diejenigen Organe in polnischer Sprache, die offiziell jüdischen Angelegenheiten dienen, nicht also auch die zahlreichen polnischsprachigen Blätter, die zwar von Juden geleitet oder mehr oder minder stark von Juden beeinflußt werden, aber für die polnische Oeffentlichkeit bestimmt sind. Von den genannten 102 Organen sind 9 in polnischer, einige in hebräischer Sprache, alle anderen aber im Jargon gedruckt. Das Zentrum des jüdischen Pressewesens in Polen ist die Hauptstadt Warschau, wo allein 28 jüdische Blätter erscheinen. Die übrigen Blätter verteilen sich auf die einzelnen Wojewodschaften wie folgt: Bialystok 9, Lodz und Wilna je 8, Wolhynien und Kielce je 7, Lublin, Lemberg und Polesien je 6, Nowogrodek und Stanislau je 4, Warschau (ohne Stadt), Krakau und Schlesien je 3. Keine jüdischen Blätter erscheinen nach dem genannten Katalog in den Wojewodschaften Tarnopol, Posen und Pommerellen. Die meisten jüdischen Blätter sind allgemeinen, politischen, sozialen und kulturellen Fragen gewidmet; einige auch bestimmten Sonderfragen, wie Sport, Handel usw. Auffällig ist, daß die Juden in Polen keine einzige Zeitung oder Zeitschrift besitzen, die religiösen Fragen gewidmet ist.

„Bücherrat für Polen"

In Warschau wurde ein „Bücherrat für Polen" ins Leben gerufen. Den Vorsitz führt der ehemalige Außenminister August Zaleski. Der Bücherrat will alle am Buch interessierten Kreise umfassen, Verleger, Drucker, Papierfabrikanten, Buchhändler, Schriftsteller usw. Seine Aufgabe soll sein, für das Buch Propaganda zu machen. Das scheint in Polen sehr nötig zu sein. Denn der polnische Büchermarkt befindet sich in einem traurigen Zustand, nicht nur, weil die Menschen kein Geld haben, sich Bücher zu kaufen, sondern auch, weil sie kein Interesse haben, Bücher zu lesen. Der Buchhandel ist in Polen ein schlechtes Geschäft; die Rentabilität im polnischen Sortimentsbuchhandel wird mit 2½ v. H. berechnet. Die Lage nicht bloß der kleinen, sondern auch der großen Buchhandlungen ist so schlecht, daß viele dazu übergegangen sind, ihrem Geschäft Abteilungen anzugliedern, in denen sie alle möglichen anderen Dinge, die sich mehr lohnen, verkaufen. Das polnische Dorf kommt als Bücherkäufer kaum in Betracht. Ein Drittel der Bevölkerung Polens besteht aus Analphabeten. Ein sehr reichliches Drittel ist nichtpolnischen Volkstums. Eine Intelligenz, die zur Lektüre eines durchschnittlichen Unterhaltungsromanes ausreicht, ist das Privileg einer im Vergleich zu europäischen Ländern kleinen Bevölkerungsschicht. Die Volksbüchereien in Polen enthalten etwa 6 Millionen Bände; sie werden von etwa 4 v. H. der Bevölkerung in Anspruch genommen. Das ist ein sehr geringer Vomhundertsatz angesichts der Tatsache, daß selbst in Wohnungen gebildeter polnischer Familien nur selten ein Bücherschrank zu finden ist. In den gebildeten Kreisen, die als Bücherkäufer in der Hauptsache in Frage kommen, steht das polnische Buch überdies noch der scharfen Konkurrenz der fremdsprachigen Literatur gegenüber, gegen die es auf manchen Gebieten nicht recht aufzukommen vermag. Die schlechte Geschäftslage des Buchhandels in Polen läßt sich in ihrer Bedeutung erst richtig übersehen, wenn man erwähnt, daß es im Jahre 1935 in ganz Polen nur 950 Buchhandlungen gab, in Deutschland dagegen 15 000, daß also je eine Buchhandlung in Polen auf 30 750, in Deutsch-

land dagegen auf 4 200 Einwohner entfiel, daß weiter eine Auflage von 5 000 Stück für ein Buch in Polen bereits eine Art Rekordleistung bedeutet, während z. B. in dem kleinen Holland die Durchschnittsauflage der dort erscheinenden Bücher etwa 10 000 beträgt. Was der neue „Bücherrat“ gegenüber dieser Misere anfangen will, ist nicht ohne weiteres klar. Mit der Herausgabe eines „Führers durch die Bücherwelt“ ist es nicht getan. Man wird das Uebel an der Wurzel packen und erstens bessere Bücher schreiben und zweitens den Menschen das Lesen und Schreiben beibringen müssen. Das aber sind Dinge, die Zeit in Anspruch nehmen, — und auch dann noch nicht immer gelingen.

Einreisegenehmigung verweigert

Die deutsche Chorvereinigung Königshütte hatte die Absicht, gemeinsam mit dem Meisterschen Gesangverein (Berlin) in Kattowitz das große Chorwerk von Bossi „Das verlorene Paradies“ zur Aufführung zu bringen. Die Veranstaltung mußte jedoch in letzter Stunde abgesagt werden, da die polnischen Behörden den für dieses Konzert verpflichteten reichsdeutschen Solisten die Einreisegenehmigung verweigerten.

Filmabkommen mit der Tschecho-Slowakei

Zwischen Deutschland und der Tschecho-Slowakei ist ein Filmabkommen zustandegekommen. In dem Abkommen wird die Zahl der deutschsprachigen Filme tschechischer Produktion, die zur Einfuhr ins Reich zugelassen sind, auf fünf festgesetzt und ferner bestimmt, daß für jeden solchen Film, der im Reich zur Aufführung zugelassen wird, 15 reichsdeutsche Filme in der Tschecho-Slowakei erscheinen dürfen. Im vergangenen Jahre sind in der Tschecho-Slowakei 1 125 Filme in einer Gesamtlänge von 1 053 660 Metern zur Aufführung zugelassen worden. Davon sind nur 273 Filme in der Tschecho-Slowakei selbst hergestellt worden. Unter den an der tschechischen Filmeinfuhr beteiligten Ländern haben die Vereinigten Staaten mit 425 Filmen (410 700 Meter) an erster Stelle und das Deutsche Reich mit 285 Filmen (271 480 Meter) an zweiter Stelle gestanden. Es folgen Oesterreich mit 44, die Sowjetunion mit 34, Frankreich mit 27, England mit 12, Italien mit 7, Japan mit 3, Palästina, Portugal und die Schweiz mit je 2 Filmen usw.

Heimindustrie in Tilsit

In Tilsit ist eine Werkstube zur Anlernung von Heimarbeitern eingerichtet worden. Erlernt werden soll die Herstellung von Kinderspielzeug. Zwar werden in der Umgebung Tilsits, vor allem im Moosbruch, von der Landbevölkerung schon seit altersher einfache Spielsachen, Pferdchen, Puppenwagen und dergleichen, gebastelt, die dann an den Markttagen in Tilsit zum Teil auch zum Verkauf gestellt werden. Was diesen Sachen aber fehlt, ist die formale Vollendung; sie sind zu primitiv, um einen breiteren Absatz finden zu können. Auf diesen vorhandenen Anfängen soll nun fortgebaut werden. Die Initiative hat bei der Stadt Tilsit gelegen. Sie hat einen geeigneten Raum, das notwendige Material und Handwerkszeug zur Verfügung gestellt. Zur Anlernung in der Werkstube können sich zunächst Wohlfahrtsempfänger melden; sie können sich hier einen bestimmten Prozentsatz zu ihren Unterstützungen hinzuverdienen. Es besteht die Absicht, den Wohlfahrtsempfängern durch die Heimarbeit in absehbarer Zeit zu einer von der öffentlichen Fürsorge unabhängigen Existenz zu verhelfen. Von den Arbeitern, die das Wohlfahrtsamt für die Werkstube ausgesucht hat, ist etwa dieHälfte bei der Stange geblieben. Der Ausbildung der Arbeiter hat sich besonders der Holzbildhauer Sinz angenommen; er hat eine ganze Reihe netter, humorvoller Modelle unentgeltlich zur Verfügung gestellt und, gleichfalls unentgeltlich, die Anlernung der Arbeiter auf sich genommen. Später, wenn sie sich eine genügende Geschicklichkeit angeeignet haben, sollen die neuen Heimarbeiter zu Hause und unter tätiger Mitwirkung ihrer Familienangehörigen selbständig weiterarbeiten. Die Fertigwaren soll dann einer Sammelstelle zugeführt werden, die den Verkauf, die prozentuale Verteilung der einlaufenden Beträge, die Neubeschaffung von Material usw. besorgt. Diese organisatorische Arbeit soll jedoch den Preis nicht belasten; die Stadt Tilsit wird wahrscheinlich einen ihrer Beamten oder Angestellten mit dieser Aufgabe ehrenamtlich betreuen.

Die Memoiren des Bischofs

Wenn ein Bischof seine Lebenserinnerungen schreibt, so ist man zunächst dazu geneigt, anzunehmen, daß das eine mehr oder weniger erbauliche Angelegenheit wird. Daß das nicht immer der Fall ist, hat der

Bischof J. Staugaitis in seinen „Erinnerungen aus der Zeit der preußischen Verwaltung" bewiesen. Dieser hochgestellte litauische Geistliche ergeht sich darin in den übelsten Hetzereien gegen die deutsche Okkupationsverwaltung Nordost: Von den Deutschen seien den litauischen Städten „unerträgliche Kontributionen" auferlegt worden. Die Litauer hätten diesen „modernen Räubern" vergebens klarzumachen versucht, daß sie das russische Joch nur unter dem Zwang der Verhältnisse trügen. Die deutsche Verwaltung sei ein elastischer und starker, zugleich aber auch „ein grausamer und harter Apparat" gewesen. Menschentränen hätten die deutschen Beamten nicht zu Mitleid, sondern höchstens zu Hohn veranlassen können. Das geringste und häufig durch Mißverständnisse verursachte Vergehen sei von ihnen aufs schärfste bestraft worden. Die Schuldigen habe man „ins Gefängnis gesteckt, mit Ruten geschlagen, mit Pferden geschleift und häufig erschossen". Derartige Grausamkeiten, wie sie die deutsche Verwaltung vollbracht habe, habe das Land noch niemals erlebt. Doch hätten die Litauer bald die schwache Stelle der deutschen Beamten entdeckt und deren Bestechlichkeit auszunutzen verstanden. Gegen ein Pfund Butter oder Speck habe „das Preußlein Blindheit und Unkenntnis gespielt". Ohne diese deutsche Bestechlichkeit wären die Litauer während der deutschen Besatzungszeit Hungers gestorben". — Diese „Erinnerungen" sind nicht vor 10 Jahren, sondern am 21. Februar 1937 erschienen. Es ist angebracht, zu fragen, was von deutscher Seite gegen die eine derartige Verächtlichmachung der deutschen Armee, die in Litauen an der Tagesordnung ist, unternommen wird.

Bücher über den Osten

Geschichte der Freikorps 1918—1924. Von Edgar v. Schmidt-Pauli. Verlag Robert Lutz Nachfolger Otto Schramm, Stuttgart 1936. 371 Seiten. Preis Leinen 8,50 RM. Der Verfasser hat für seine Arbeit amtliche Quellen, Zeitberichte, Tagebücher und persönliche Mitteilungen ehemaliger Freikorpsführer benutzt. Er hat den ersten Versuch unternommen, eine zusammenfassende Darstellung des Nachkrieges (nicht der Nachkriegszeit) zu geben, also jener Aktionen deutscher Soldaten, die, als der Rahmen der alten Armee zerbrochen war, im Baltikum und in Berlin, in Oberschlesien und im Ruhrgebiet, in Mitteldeutschland und in München und wo überall es sonst notwendig war, die Grenzen und den Bestand des Reiches gegen die Habgier der Nachbarn und die Gefahr der bolschewistischen Aufstände schützten. Es ist, wie gesagt, der erste Versuch einer Gesamtdarstellung dieses weitschichtigen Themas. Es ist mehr eine historische Reportage, die sich leicht und flüssig liest, als eine Arbeit, die den politisch-militärischen Charakter der Freikorps und ihre weltanschaulich-soldatische Wirkung ergründet. Man wird in den Einzeldarstellungen, bei denen Schmidt-Pauli viel mit Zitaten aus den Schriften ehemaliger Freikorpsführer arbeitet, viele Ungenauigkeiten feststellen können. Man wird in manchen Fällen sagen können, daß Wichtiges übersehen, weniger Wichtiges aber dargestellt worden ist. Man muß z. B. darauf aufmerksam machen, daß im Kampf um Posen, dem der Verfasser ganze 2½ Seiten (!) widmet und von dem er keine Ahnung zu haben scheint, über 1000 Deutsche gefallen sind, mehr als in Oberschlesien oder im Baltikum, mehr als bei München und im Ruhrgebiet. Man kann vielleicht auch sagen, daß es dem großdeutschen Denken entsprochen hätte, wenn ähnliche Kämpfe, die sich seinerzeit in Oesterreich abspielten, mit berücksichtigt worden wären. Man kann weiter einwenden, daß manche Fragen, deren Beantwortung die Bedeutung und den Charakter der Freikorps schärfer hervortreten ließe, gar nicht behandelt oder nur flüchtig gestreift worden sind; wie etwa die Frage ihrer politischen Haltung, ihres Verhältnisses zur Arbeiterschaft und zum Bürgertum, ihrer Werbung und Propaganda u. a. m. Die Geschichte der Freikorps, die man sich wünscht, ist das Buch von Schmidt-Pauli jedenfalls nicht. Die Brücke vom Frontheer zu den Freikorps und von den Freikorps zur Gegenwart ist hier zwar angedeutet, aber noch nicht geschlagen. Immerhin ist das Buch als eine lebhaft und spannend geschriebene Skizzierung der Nachkriegskämpfe, als eine Arbeit, die (in allerdings recht oberflächlicher Form) den Freikorps ihren Platz in der Geschichte des deutschen Volkes zu sichern bestrebt ist, zu verzeichnen. Dr. K.

Wolfgang Kapp und das Märzunternehmen vom Jahre 1920. Von Ludwig Schemann. J. F. Lehmann Verlag, München 1937. 236 Seiten. Preis geheftet 4,80 RM., Leinen 6,— RM. — Der Verfasser gehört zum engeren Freundeskreise der Familie Kapp. Er nennt sein Buch „ein Wort der Sühne". Es ist seine Absicht gewesen, dem Namen des Generallandschaftsdirektors, der dem improvisierten Putsch vom März 1920 seinen Namen gegeben hat, eine bessere Resonanz in der deutschen Oeffentlichkeit zu verschaffen. Der Versuch ist mißlungen. Die Hälfte des Buches beschäftigt sich mit den Vorfahren Kapps und dessen Lebenslauf, der, in den Vereinigten Staaten beginnend, sich in der

Hauptsache im Finanzministerium, im Gubener Landratsamt, im Landwirtschaftsministerium und in der Direktion der Ostpreußischen Landschaft abgespielt hat. Der Verfasser begeht, in dem Bestreben, seinen Helden im besten Lichte erscheinen zu lassen, einen psychologischen Fehler: er belegt Kapp fast von der ersten Seite an, ehe er überhaupt etwas Sachliches über ihn mitgeteilt hat, mit den tönendsten Superlativen, er nimmt das Urteil, das er beim Leser erwecken will, als gegeben vorweg. Das ist ein Verfahren, das seiner Darstellung etwas vom Stil einer konventionellen Grabrede gibt. Für die Frage, die weitere Kreise interessieren könnte, nämlich für die Frage, was Kapp politisch bedeutet hat, ist die erste Hälfte des Buches, in der dieser als ein tüchtiger, energischer und gedankenreicher Verwaltungsbeamter dargestellt wird, ohne Belang. Und im zweiten Teil, der sich mit dem Märzunternehmen beschäftigt, ist von dem, was Kapp dabei für eine Rolle gespielt hat, eigentlich herzlich wenig die Rede. Nach einer zusammenhängenden und brauchbaren Schilderung der Vorgeschichte des Putsches und dessen, was sich in den fünf Märztagen wirklich abgespielt hat, sucht man in dem Buche vergebens. Der reichliche Gebrauch von allgemeinen Redensarten kann den fehlenden Tatsachenbericht nicht ersetzen. Die Darstellung ist in dieser Hinsicht so dürftig, daß man schließlich versucht ist, zu fragen, warum dieses ganze Unternehmen überhaupt nach Kapp benannt worden ist. Es ist schwer einzusehen, wieso mit diesem Buch dem Andenken des Politikers Kapp ein Dienst erwiesen worden sein soll. Vor allem fehlt eines in diesem Buche: der Versuch einer geschichtlichen Eingliederung des Kapp-Unternehmens. Kapp hat weder, wie ihm von seinen damaligen Feinden vorgeworfen wurde, „eine deutsche Aufwärtsentwicklung gehemmt", noch „ein Verbrechen am Volke" begangen; er hat weder „den deutschen Abstieg beschleunigt", noch ist er ein „Eindringling in die deutsche Geschichte" gewesen. Er hat mit seinem Unternehmen einfach eine geschichtliche Epoche zum Abschluß gebracht. Sein Unternehmen hat den Nachweis erbracht, daß das Zweite Reich, zu dem er seiner ganzen Wesensart nach gehörte, unwiderbringlich dahin ist. Und wenn man ihn und sein Unternehmen mit der nationalsozialistischen Revolution in Verbindung bringen will, dann kann das nur in der Weise geschehen, daß man den Putsch als das geschichtliche Signal dafür begreift, daß einer, der Deutschland wieder hochbringen wollte, von Grund auf und radikal neu anfangen mußte. Hierzu aber haben Kapp zweifellos die Voraussetzungen gefehlt. Er ist ein ehrlicher Patriot gewesen, aber kein Nationalist; er ist ein überaus befähigter Verwaltungsbeamter gewesen, aber weder ein Führer noch ein Revolutionär. Kapp steht nicht am Anfang einer neuen, sondern am Ende einer alten Zeit. Er hat zu deren besseren Repräsentanten gehört. Die Linie, die von der Front über die Freikorps zum Nationalsozialismus führt, läuft an Kapp vorbei, obwohl die Freikorps bereit gewesen sind, sich dem Kapp-Unternehmen für die Niederwerfung der Novemberrevolte zur Verfügung zu stellen. Dr. K.

Für des Reiches Ostmark starben 1918 bis 1920. Zusammengestellt von F r i e d r i c h K a r l K r i e b e l. 59 Seiten. Preis 3,30 RM. — Dieses Ehrenbuch der deutschen Ostmark sollte all denen zu denken geben, die schon vergessen haben, daß deutsche Menschen inmitten des Zusammenbruchs von 1918/20 sich bis zum Aeußersten für das verkannte und verratene Posener Land eingesetzt haben. Ueber 1 000 Deutsche sind im Nachkriege um dieses Land, ihre Heimat, in der Abwehr des polnischen Aufstandes gefallen. In dem Ehrenbuche, das schlicht und würdig ausgestattet ist, sind ihre Namen, ihre Todesorte und -daten verzeichnet. Auf jeden Text, der den Ernst dieser Namensreihen nur ins Pathetische oder ins Sentimentale hätte verfälschen können, ist verzichtet worden. Nur die Bilder einiger Sammelgräber von Grenzschutzgefallenen, Abbildungen der Ehrenzeichen des Grenzschutzes und einer der knappen, preußischen Sprüche von Walter Flex sind beigefügt worden. Es ist eine mühsame Arbeit gewesen, alle hier verzeichneten Namen und Daten zusammenzutragen. Nun aber, da diese Arbeit getan ist, soll sie für Posen und sein Deutschtum zeugen. Sie soll dazu beitragen, daß neben denen, die im Baltikum die Ehre des deutschen Namens verteidigten, und denen, die den Annaberg stürmten, die nicht vergessen werden, die für Posen starben. „Vergeßt nie, daß das heiligste Recht auf dieser Welt das Recht auf Erde ist, die man selbst bebauen will, und das heiligste Opfer das Blut, das man für diese Erde vergießt". Auch für die, um derentwillen mehr als 1 000 Deutsche im Kampf um Posen fielen, soll dieses Führerwort gelten. Dr. K.

Die Werschetzer Tat. Ein Roman von Bauern und Reitern. Von K a r l v o n M ö l l e r. Georg Westermann Verlag, Braunschweig 1936. 287 Seiten. Preis Leinen 4,80 RM. — Der Roman spielt in der Zeit der letzten Habsburgerkriege gegen die Türken am Ausgang des 18. Jahrhunderts. Sein Verfasser, der zur Zeit das Kulturamt der Siebenbürger Deutschen in Hermannstadt leitet, war während des Krieges Generalstabsoffizier der Banater Division und vertrat von 1919 bis 1927 die Banater Deutschen im rumänischen Parlament. Das Buch behandelt die Tat eines deutschen Bauern aus dem Banat, der zusammen mit einer Handvoll Gleichgesinnter das vom Türkeneinfall bedrohte Werschetz befestigt, verteidigt und so vor der Brandschatzung und Zerstörung durch die Ungläubigen rettet. Plastisch und lebenswahr sind die Gestalten der schwäbischen Bauern, der kaiserlichen Reiter, der walachischen Räuberhirten gezeichnet. Bunt und bewegt ist die Sprache des Buches, das die Worte der Personen in ihren dialektischen Färbungen gibt, das leichte Wienerisch, das breite und selbstsichere Schwäbisch, das gutgemeinte, gebrochene Deutsch der Walachen und Magyaren. Klar und kräftig wird das von harter Arbeit und Kriegsnot erfüllte, zwischen reicher Ernte

und zerstörender Türkennot schwankende Leben der schwäbischen Bauern geschildert, die Habsburg als schützenden Wall gegen die Türken und als erziehendes Vorbild für die anderen Völkerschaften im Banat und an der Militärgrenze angesetzt hat. Der Roman Karl von Möllers reiht sich würdig in die Reihe der Bücher volksdeutscher Schriftsteller ein, die Leistung und Gestalt des südöstlichen Deutschtums behandeln.
Dr. K.

Heimat am Don. Roman von Theodor Kröger. Propyläen-Verlag, Berlin 1937. 328 Seiten. Preis Leinen 4,— RM., broschiert 3,— RM. — Mit seinem Roman „Das vergessene Dorf" war Theodor Kröger in die erste Reihe der Schriftsteller gerückt, die in ihren Büchern das deutsche Kriegsschicksal im Osten behandeln. Es war schwer, diesem ersten Buche ein zweites von gleicher dramatischer Wucht und Erlebnistiefe nachfolgen zu lassen. War es im „vergessenen Dorf" das Kriegsschicksal eines deutschen Industriellen aus Petersburg, das Kröger behandelte, so ist es in seinem neuen Romane das Kriegs- und Revolutionsschicksal eines deutschen Großgrundbesitzers aus der Ukraine. War damals das Leben des nach Sibirien verbannten Deutschen mit einer im Gesamtgeschehen in den Hintergrund tretenden jungen Tatarin verbunden, so ist hier die Gestalt einer deutschen Kriegskrankenschwester in den Vordergrund der Handlung dicht neben den am Don beheimateten Deutschen gerückt. Die „Heimat am Don" ist mit derselben straffen Dynamik und Spannung erfüllt wie „Das vergessene Dorf", wenn auch die weibliche Hauptgestalt des neuen Romans, die deutsche Schwester, irgendwie fremd und unvermittelt wirkt in dieser von außergewöhnlichen Schicksalen erschütterten Atmosphäre der von Krieg und Revolution aufgewühlten Ukraine, in diesem Chaos der Zerstörung und des Hasses und in diesem verzweifelten, grausamen Kampfe, in dem die „Weißen", zuerst Seite an Seite mit dem deutschen Ostheer, dann auf sich allein gestellt, ihre Heimat vom Bolschewismus zu befreien versuchten.
Dr. K.

Volk und Reich. Heft 1/1937. — Das Heft enthält eine Reihe wertvoller Beiträge, die den Osten betreffen. Waldemar Ernst vergleicht die organische Raumverbundenheit der deutschen mit der vertraglichen Konstruiertheit der französischen Südostpolitik. Justus Hashagen findet durch einen Vergleich mit der spanischen Rekonquista neue und lehrreiche Betrachtungspunkte für die Beurteilung der ostdeutschen Kolonisation. Johann Gottfried Theis hebt die charakteristischen Entstehungsmerkmale des nachmittelalterlichen Deutschtums in Ostmitteleuropa hervor. Werner Giere beschreibt die tiefgreifenden Bevölkerungsverschiebungen, die sich im ostbaltischen Raum, vor allem im lettländischen Staatsgebiete, vollziehen und die als Vorläufer machtpolitischer Verschiebungen an der Ostsee auch von deutscher Seite die stärkste Beachtung verdienen. Werner Markwart bringt interessante Betrachtungen und begriffliche Klärungen zum Thema „Völker ohne Staaten". Von den anderen Beiträgen seien die über das Verhältnis des Bolschewismus zu den Randstaaten, über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in der Tschecho-Slowakei und den Volkstod in Oesterreich erwähnt. Der Bildteil des Heftes bringt gut ausgewählte Volks- und Rassetypen aus den baltischen Staaten sowie Landschafts-, Städte- und Industriebilder aus Schlesien und Illustrationen zur deutschen Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1936.

Volk und Reich, Heft 2/1937. — Das Hauptgewicht dieses Heftes liegt auf dem umfangreichen Bildmaterial, in dem in geschickter Weise die Friedenspolitik des Führers dargestellt wird (eine Kartenskizze, die die Bedeutung des deutsch-polnischen Gewaltverzichtspaktes veranschaulichen soll, kann man wohl als ein wenig übertrieben bezeichnen). Ein einleitender Artikel von Wilfrid Bade gibt einen Rückblick auf die ersten vier Jahre nationalsozialistischer Arbeit am inneren und äußeren Frieden. Fritz Todt schreibt, durch anschauliche Kartenskizzen unterstützt, über Vergangenheit und Gegenwart des großen Straßennetzes Europas. Rudolf Fischer stellt der eine europäische Geschlossenheit anstrebenden deutschen Außenpolitik die Europa zerreißende „Universalität" Genfs gegenüber. Es folgen ein Bildbericht über Luxemburg und u. a. eine geopolitische Studie über die Ostpyrenäen.



Wer oſtdeutſche Waren kauft und Aufträge in den Oſten gibt, hilft die Grenze ſtark machen!

Verlag Dr. Friedrich Osmer, Berlin SW 61, Lankwitzstr. 2-3. — Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kredel, Berlin-Friedenau, Illstr. 2. — Druck: Westkreuz-Druckerei G. m. b. H., Berlin-Lichtenrade, Moltkestr. 7. — Verantwortlich für Anzeigen: Kurt Haupt, Berlin W 15. — Erscheint monatlich zweimal. Postbezug vierteljährlich RM. 0,90. Einzelnummer RM. 0,20 und RM. 0,05 Postgebühr. — Anzeigenpreisliste 4. — F. v. W. g. — Alle Zuschriften sind an den Bund Deutscher Osten, Berlin W 30, Motzstr. 46 (Fernruf B 5 Barbarossa 0914) zu richten.